

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.
Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Spalte Zeitungszeit 15 Pfg.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition des Blattes abgegeben
sein. Schluss der Inseratannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.
Postcheckkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49, Telephon 1026. Expedition: Weiskirchstr. 9, Telephon 5715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 260

Freitag den 5. November 1915

26. Jahrgang

Die griechische Regierung gestürzt.

Deutsche Höchstpreise für Schweine und Schweinefleisch.

Griechenland vor der Entscheidung.

Aus New York wird der „Daily Mail“ berichtet, daß Venizelos einem Berichterstatter der Chicagoer „Tribuna“ erklärt habe, wenn er wieder zur Macht gelange, würde er Bulgarien den Krieg erklären. Das sei Griechenlands Pflicht in moralischer Hinsicht gegenüber und zur Verhütung einer Oberherrschaft Bulgariens. Zur selben Stunde, als diese angebliche Äußerung Venizelos aus Amerika zurückgekehrt wurde, stürzte Venizelos das griechische Ministerium und es ist nun nicht ausgeschlossen, daß er erneut ans Staatsruder gelangt. Denn zwei Wege nur scheinen dem Griechenkönig offen zu stehen: Wiederberufung Venizelos oder Auflösung der Kammer. Beide sind gefährlich, aber beide müssen nicht mit der Teilnahme am Krieg enden. Denn ganz ausgeschlossen ist's nicht, daß König Konstantin nach der Auflösung der Kammer nicht doch eine Neutralitätspolitik treiben könnte, die das Kaiserreich vermeidet, und ganz gewiß ist's nicht, daß Venizelos als Ministerpräsident das Wort wahr macht, das die Chicagoer „Tribuna“ ihm in den Mund legt. Denn wenn einer die Verantwortung trägt, steht er die Dinge manchmal in anderem Lichte. Und man muß sich davor hüten, den König als den Weisen und Gerechten und Venizelos als banditenhaften Politiker hinzustellen und aus der Vollwertigkeit des einen und der angeblichen Minderwertigkeit des anderen die verworrene Lage Griechenlands erklären zu wollen. Vielmehr entspricht diese Lage haargenau der Verwirrung der Interessen. Wir haben neulich den griechisch-italienischen Interessengegensatz beleuchtet; heute möge noch ein Stück aus einem Artikel von Paul Renck folgen:

Von beiden Seiten wirken auf Griechenland die stärksten Einbrüche, es fürchtet, wie es sich auch entscheiden mag, einen Fehler zu machen, der das Land in den Abgrund reißt. Von Süden her droht die englische Flotte, von Norden her das deutsch-österreichische Landheer, beide Drohungen wirken mit gleicher Gewalt. Der Endeffekt ist in der Tat gleich Null: Griechenland bleibt neutral.

Weder der tragische Interessenskonflikt, dem Griechenland jetzt unterliegt, geht noch viel weiter. Es hat in beiden Lagern sogenannte Tobefreunde: im Lager des Viererbundes Italien, im Lager der Zentralmächte Bulgarien. Auf welche Seite es sich auch schlägt, immer fürchtet es einen „Tobefreund“ zu fällen. Der Gegensatz zu Italien ist dreifach. Zunächst die Frage der zwei Inseln, des sogenannten Tobefreundes (Dionysios-Inseln). Im Gegensatz zu seinen feierlichen Vertragsverpflichtungen hat Italien die einst der Türkei gehörige Inselwelt behalten und sie nicht den Griechen ausgeliefert. Im Gegenteil, es hat deutlich genug durchblicken lassen, daß es sie zu behalten wünscht, und ist seit vier Jahren kräftig an der Arbeit, die meist griechische Bevölkerung dieser Inseln zu italienisieren. Zweitens haben die griechischen mit den italienischen Interessen in Albanien zusammen. Zunächst gibt es dort Italiener überhaupt nicht. Trotzdem erhebt Italien Ansprüche auf Albanien und will zum mindesten verhindern, daß sich dort irgend eine andere Macht festsetzt. Es hat zu diesem Zweck im Dezember 1914 Valona in Albanien besetzt. Nun beansprucht Griechenland den südlichen Teil Albanien für sich und behauptet, daß die dortigen Albaner, die Tosken, soweit sie Christen sind, selber die Vereinigung mit Griechenland wünschen. Nordalbanien aber kommt nach griechischer Auffassung ebenfalls nicht den Italienern, sondern den Serben und Montenegrinern zu. Der dritte Interessenskonflikt zwischen beiden Ländern endlich liegt an der kleinasiatischen Küste, die in der Hauptsache von Türken und Griechen, nicht aber von Italienern besiedelt ist. Trotzdem erhebt auch hier Italien Ansprüche, da es diese Küste braucht, wenn es seinen Ehrgeiz, im östlichen Mittelmeere als überlegende Großmacht darzustellen, erfüllen will. Gerade dieser Plan ist mit griechischen Interessen unvereinbar. Griechenland will im Jonischen Meer keine fremden Herren sehen; der dortige Handel liegt fast ausschließlich in griechischen Händen, die Küsten sind zum größten Teil seit alters her von Griechen besiedelt, deshalb, so argumentiert man in Athen, gebührt ihnen dort die Herrschaft, aber nicht den Italienern. Aus diesen Gründen kann Griechenland unmöglich dem Viererbund zur Hilfe kommen, es würde damit nur seinem eigenen Feinde in den Seiten helfen.

Aber ebensoviele kann man sich in Athen für das Gegenteil entscheiden und bei den Zentralmächten Anschluß suchen; denn dort kämpft Bulgarien, in dem Griechenland einen nicht geringeren Feind seiner Interessen erblickt, als in Italien. Griechenland fürchtet von einem Siege des mit den Mittelmächten verbündeten Bulgariens das Entstehen eines Großbulgariens, das sich nicht bloß auf Kosten Serbiens, sondern auch Griechenlands vergrößern würde. Es zielt um den Besitz des erst jüngst von der Türkei eroberten Salonik, ja schon der Anheimgang des Hinterlandes von Salonik, nämlich des zum großen Teile von Bulgaren bewohnten Mazedoniens, an Bulgarien — nach den Balkankriegen fiel Mazedonien an Serbien und gerade jetzt sind die Bulgaren dabei, die Serben daraus zu vertreiben — würde in Athen die schwersten Sorgen hervorrufen. Man behauptet sogar in Griechenland, die Bevölkerung Südwestmazedoniens sei gar nicht bulgarisch, sondern griechisch; wenn man im Ausland immer glaube, Mazedonien sei von Bulgaren besiedelt, so sei das nichts anderes, als die Folge eines Bulgarenfehlers, die 35 Jahre hindurch Europa mit dieser Behauptung irreführten hätten. Von einem Großbulgarien drohe den Balkanstaaten die größte Gefahr. Habe es erst einmal das serbische Mazedonien annektiert, so wolle es auch das griechische Mazedonien haben, und sei das erledigt, so käme Rumänien an die Reihe, dem

man den Streich nicht vergessen könne, mit dem es sich während des zweiten Balkankrieges in den Besitz von Silistria und Vasilich gefügt habe. Deshalb sei es für Griechenland total unmöglich, sich den Zentralmächten anzuschließen; es könne und dürfe an dem Aufbau eines Großbulgariens nicht mitarbeiten.

So liegen die objektiven Interessensverhältnisse für Griechenland im Weltkrieg. Aus ihnen erklärt sich seine bisherige Neutralitätspolitik. Es fragt sich nur, ob es sie auch auf die Dauer aufrecht erhalten kann.

Denk! Kam noch einer Beleuchtung der Schwierigkeiten, in die Griechenland und seine Neutralität durch die Landung englischer und französischer Truppen geriet, zu dem Schlusse, es werde Rumänien wie Griechenland eines Tages gezwungen sein, aus ihrer Neutralität hervorzutreten und sich zu entscheiden. Beide Mächte würden sich für den entscheidenden Moment auf dem Balkan die stärksten Bataillone hat. Daß das die Zentralmächte sein werden, sei nach dem bisherigen Verlauf der Dinge so gut wie sicher. Wir wollen kein so bestimmtes Urteil abgeben, verweisen aber keineswegs, daß die Zentralmächte die stärkeren Trümpe in der Hand haben. Bulgarien hat inzwischen mit einer Weisheit, die bereits Gerüchte über Abschlüsse eines bulgarisch-griechischen Bündnisses entziehen ließ, sich gegen Griechenland benommen, daß man wirklich hoffen kann: wenn allzeit so weise verfahren wird, dann können die Balkanstaaten sich vertragen. Bulgarien will nicht nur den formellen Verzicht auf Salonik, Kappadokien, Serez usw. ausprechen, sondern es will im Mazedonien die kirchliche Ordnung und noch manches andere nach griechischen Wünschen einrichten. Diese Verhältnissicht geht dem Viererbund wider den Strich und da er nicht die Bataillone hat, um mit Gewalt seine Balkanpolitik durchzusetzen, wendet er dunkle Machenschaften an, bei denen das Geld eine Hauptrolle spielt. Aus Bulgarien kommt eben jetzt die Nachricht, daß dort die Entente unter Leitung des früheren französischen Finanzministers Cruppi 24 Millionen Franken zu Beschreibungen aufgewendet hat, verschiedene bulgarische Politiker werden genannt, die für einen Krieg gegen die Türkei agitieren: an sie sind 1 500 000 Franken ausbezahlt worden, ferner im Laufe des September und bis zum 18. Oktober mehrere Checks im Betrage von 2 740 000 Franken und an einen Bauernbündler und an andere Personen Beträge von rund 18 Millionen Franken. In Rumänien und in Griechenland steht es, das ist eine allbekannte Sache, damit noch viel schlimmer. Einsperrungen wirkt aber in dem einen Lande der Notwendigkeit vor den deutschen Waffen, in dem andern der Interessensfreiheit gegen Italien als starkes Wundigungsmittel.

Ministerkrise in Griechenland.

Athen, 4. Nov. (B. V. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Da es bei Erörterung der militärischen Gesandtschaften in der Kammer zu einem Zwischenfall zwischen dem Kriegsminister und der venizelistischen Mehrheit kam, stellte Ministerpräsident Jannis die Vertrauensfrage. Venizelos erklärte, es sei den Liberalen unmöglich, die Regierung zu unterstützen, deren Politik den Interessen des Landes unheilvoll sei. Alle Parteiführer griffen sodann in die Debatte ein. Die Regierung kam mit 114 gegen 147 Stimmen in der Minderheit. Infolge dieses Misstrauensvotums der Kammer erklärte Jannis, daß eine Ministerkrise offen zutage liege. Er ersuchte die Kammer, sich bis zur Bildung eines neuen Kabinetts zu vertragen.

Rumänien verweigert Serbien die Hilfe.

Das Sofioter Blatt „Utro“ berichtet aus Bukarest, der dortige serbische Gesandte habe ein diffamiertes Telegramm von der serbischen Regierung erhalten, das den Gesandten von der verzweifelter Lage Serbiens verständigte. Der serbische Gesandte suchte darauf den Ministerpräsidenten Bratianu auf, bei dem er eine Stunde verweilte. Nachrichten aus Kreisen, die dem Ministerpräsidenten nahestehen, zufolge, habe der serbische Gesandte auch ausgesprochen, daß Serbien gezwungen sein werde, von den Zentralmächten und Bulgarien Frieden zu verlangen, um wenigstens das zu retten, was Serbien bisher noch zu halten gelang, falls nicht im letzten Augenblick noch Hilfe komme. Bratianu erwiderte dem serbischen Gesandten die Antwort, daß Rumänien Serbien nicht zu Hilfe kommen könne. Sichtlich verzagt verließ der serbische Gesandte das Ministerium und begab sich in die russische Gesandtschaft, wo er ebenfalls längere Zeit verweilte.

Das Blatt hängt noch vorläufig Bedingungen des Friedens an. Eindeutiger ist aber alles Gerücht und der griechische Ministerwechsel wird den Serben erneut Mut machen.

Berlin, 4. Nov. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Budapest: Der „Vester Lloyd“ meldet aus Bukarest, daß nach der rumänischen Zeitung „Epoca“ die in dem Donauhafen Krupa liegenden russischen Kriegsschiffe

zunehmend entwaffnet worden sind. Die Bemannung bestand aus 860 Matrosen, von denen der größte Teil gestern nach dem Hafen Konstanza geführt wurde. Der Rest wird heute folgen.

Bukarest, 4. Nov. (B. V. Nichtamtlich.) 50 Universitätsprofessoren, mit dem Rektor Roma Jonecu an der Spitze, veröffentlichten eine Rundgebung an das Volk, in der der Eintritt Rumäniens in den Krieg gegen die Mittelmächte verlangt wird. Einer der Unterzeichner, Professor Paul Regulescu, richtete nun an den Rektor einen Brief, in dem er die Veröffentlichung der Rundgebung als unzeitgemäß bezeichnet, da inzwischen die Verbindung zwischen Bulgarien und den Mittelmächten vollzogen sei. Rumänien könnte im Kriegsfall von irgendeiner Neutralität erhalten und wäre daher noch viel schlimmer daran als die Russen. Unter solchen Umständen sei die Veröffentlichung der Rundgebung ein unzeitgemäßer Fehler. Uebrigens sei zu bemerken, daß die Rundgebung in aller Eile verfaßt worden sei und deshalb der hohen Gesichtspunkte entbehre, die von einer Rundgebung der Universität zur Geltung hätten kommen müssen. Die Erwägung, daß das Eingreifen Rumäniens im Hinblick auf die militärische Verbindung zwischen den Mittelmächten und Bulgarien solange untunlich sei, als der Viererbund keine Überlegenheit irgendwie zur Geltung bringen könne, veranlasse Regulescu, den Rektor zu bitten, seine Unterschrift unter der Rundgebung als zurückgezogen zu betrachten.

Balkansozialisten und Krieg.

Am 24. Oktober tagte in Bukarest als Protest gegen die gleichzeitig abgehaltene Kriegsbegrußdemonstration eine sozialdemokratische Versammlung. In dem erst jetzt vorliegenden Bericht heißt es in der Wiederholung der Rede Dr. Macofski:

Daß Rumänien noch nicht im Kriege sei, muß man den Russen verdanken. Die Regierung war bereit, schon im Mai den blutigen Krieg auf Auslandes Seite zu beginnen. Dies hat Bratianu den Herren Filipescu und Tase Jonecu ausdrücklich erklärt. Die Russen aber glaubten damals noch der Intervention Italiens, Rumäniens leicht entbehren zu können, und so machten sie glücklicherweise diplomatische Schwierigkeiten.

Nun aber droht uns Gefahr wieder von anderer Seite. Infolge der Fortschritte der Zentralmächte auf dem Balkan und der Ausfallslosigkeit der Aktion gegen die Dardanellen droht uns abermals die germanophile Gefahr. Denn bald können die Herren Kriegsbegrußer, wenn sie nur sichere Chancen auf der anderen Seite sehen, ihre Farbe wechseln, und wir Sozialdemokraten werden wieder die einzigen sein, die nicht ins germanophile Horn stoßen werden.

Redner erinnert an das Manifest der Balkansozialisten, das hervorhob, daß sich die blutigen Kapitel des Weltkrieges auf dem Balkan abspielen werden. Von diesem Ringen auf dem Balkan aber werden die Balkanvölker selbst nichts haben. Insbesondere gilt dies von Bulgarien, das sich mit seiner Intervention selbst ins Vajallentum der Zentralmächte begeben habe. Dasselbe würde auch Rumänien geschehen. Mit seinem Eintritt in den Krieg auf Seite einer der kriegführenden Gruppen nimmt dieses kleine Land selbst die ökonomische und politische Oberherrschaft Rußlands oder der Zentralmächte auf sich.

Das Heil Rumäniens, wie das Heil aller kleinen Balkanstaaten liegt in der Neutralität. Bulgarien hat diese Haltung aufgegeben, möge der Feuerbrand nicht weiter um sich greifen! Laßt uns ausbilden im Kampfe gegen die blinden Fanatiker, um unser Land zu retten!

Was Macofski über Bratianu gesagt hat, kann buchstäblich wahr und tatsächlich ganz untrüger sein. Der mit allen Wässern gewaschene Bratianu kann zu Filipescu und Jonecu so gesprochen haben, obgleich nichts wahres daran war. Bis Anfang Mai allerdings standen die Dinge so, daß Rußland nicht bereit war, für rumänische Hilfe irgend einen Preis zu zahlen.

Die Kriegslage.

Die Bedrängung der Serben von Nord, Ost und Süd hält an. Auch ist zwischen den aus Bosnien ins serbische Gebiet eingerückten österreichisch-ungarischen Truppen und den Verbündeten, die im Tal der westlichen Morawa stehen, die Verbindung hergestellt. Das nächste Ziel wird nun wohl die Fühlungnahme der Verbündeten mit den Bulgaren im Morawatal sein. Aber auch dann sind die Serben noch nicht umgirt, es bleibt ihnen allerdings wenig weginer und sich täglich verengender Raum zum Abziehen ins Albanische. Dorthin scheinen die Franzosen und Engländer bereits Lebensmittel und Kriegsbedarf zu dirigieren. Die Serben scheinen sich zu hoffen, daß Entente-Truppen, die in albanischen Gefäßen gelandet würden, ihnen dann zu Hilfe kommen werden.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Sofia: Nach sicheren amtlichen Mitteilungen sind die französischen Landungstruppen jetzt nordöstlich von Brilev von den Bulgaren, die von Verdun und Neptin (Mazedonien) her angriffen hatten, vernichtend geschlagen und teils zersprengt, teils gefangen genommen worden. Die französischen Gefangenen sind schon in Ristendil angekommen.

Der amtliche bulgarische Bericht über die Kampfhandlungen am 2. November lautet: Unsere Truppen setzen ihre Offensive auf der Straße Hajecar-Baracin fort. Wir besetzen die Stadt Volevac und erreichen die Linie Kalafat-Dobrujvac im Tale des Strilich-Timok. Nach erbittertem Kampfe erreichen wir die Linien Kalafat-Göbe-5072-Dorf Brekopel-Brolopye Blam-Göbe 551-Göbe 1099 an der Wischegrad-Planina. Nach Aussagen von Gefangenen wohnt König Peter den Kampfhandlungen an dieser Front bei. Im Tal des Blafotinka-Flusses wurden die Serben aus ihren Stellungen vertrieben. Unsere Truppen besetzten die Linie Socenice-Brestobol und machten noch 600 Gefangene. Von den übrigen Fronten wird keine Veränderung gemeldet.

Moralische Erziehung serbischer Soldaten.

Das österreichisch-ungarische Kriegspressquartier meldet: In welcher zielbewußten systematischen Art in der serbischen Armee der Haß gegen Österreich-Ungarn seit Jahren geschürt wird, beweist ein jetzt aufgefundenes militärisches Dokument. Gelegentlich der letzten Einnahme Belgrads stieß man in der Wohnung des serbischen Mittelmeisters Milos Kalemic auf einen vom 1. Dezember 1913 datierten Befehl des Generals Branko Jovanovic, des Kommandanten einer serbischen Kavallerie-Truppendivision. In diesem Schriftstücke fordert der Divisionär das ihm unterstellende Offizierskorps auf, zur Erreichung der nationalen Ideale alle Mittel, selbst jene anzuwenden, die sonst im Privatleben als unmoralisch angesehen werden und härteste Strafen verdienen.

Nach dem wesentlichen Inhalt des Befehles muß der Soldat für den Krieg moralisch erzogen werden. Die Ansicht des Divisionärs über diese „moralische Erziehung“ ist in der Form eines Briefes in zehn Punkten zusammengefaßt. In dem dritten Punkte, der Verherrlichung der serbischen Waffentaten betreffend, wird angeordnet, daß bei Besprechung des serbisch-bulgarischen Krieges die Bulgaren als untreue Verräter und als Verräter, die auf die Vernichtung des Serbentums hinarbeiten, zu schildern sind. Im neunten Punkte wird von der Notwendigkeit und der Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit Österreich-Ungarn zu dem Ziele gesprochen, um die unter österreichisch-ungarischer Herrschaft stehenden serbischen Länder, die durch rein serbische Stämme verschiedener Religionen bewohnt werden, wie Bosnien, die Herzegowina, Dalmatien, Norddalmatien, das Banat, Syrmien, Vacka, Slavonien, Kroatien, Krain und Görz unter das serbische Geßel zu bringen. Der Divisionär meint, den Soldaten müssen die „Svoboda“, Albanen und Bulgaren als Leibeigende bezeichnet und dies bei jeder Gelegenheit betont werden. Der serbische Soldat müsse für den Kampf auf Leben und Tod vorbereitet werden, da jetzt die Schlachten am Amselfelde und bei Slivnica gerächt werden sollen. Es soll im Soldaten statt des angeborenen Zerknirschens gegen das autonome Albanien großgezogen werden. Den jungen Soldaten muß eingepreßt werden, daß der Krieg mit Österreich-Ungarn zum weiteren Erreichen der nationalen Ideale eine unbedingte Notwendigkeit bilde.

Aus dem vorgedachten Befehl geht hervor, daß der Kommandant der zweiten Kavalleriebrigade und jener des vierten Kavallerieregimentes diese Instruktion des Divisionärs zur besonderen Beachtung und Beherzigung empfehlen und von dem Offizierskorps die eifrigste Befolgung dieser Grundsätze erwarten.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 4. Nov. (B. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Maffig stürmten unsere Truppen einen nahe vor unserer Front liegenden französischen Graben in einer Ausdehnung von 800 Meter. Der größte Teil der Besatzung ist gefallen, nur zwei Offiziere (darunter ein Major) und 25 Mann wurden gefangen genommen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg. Vor Dünaburg wird weiter gekämpft. An verschiede-

nen Stellen wiederholten die Russen ihre Angriffe, überall wurden sie zurückgeschlagen. Besonders starke Kräfte setzten sie bei Garbunowa ein; dort waren ihre Verluste auch am schwersten. Das Dorf Mikulisch konnten sie im Feuer unserer Artillerie nicht halten, es ist wieder von uns besetzt.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Heeresgruppe des Generals v. Linzinger.

Die Russen versuchten gestern früh einen Ueberfall auf das Dorf Kuchoda-Wola. In das Dorf eingedrungene Abteilungen wurden sofort wieder hinausgeworfen.

Ein abermaliger Versuch des Feindes, durch starke Gegenangriffe uns den Erfolg westlich von Gortorhsk streitig zu machen, scheiterte. Aus den vorgestrigen Kämpfen wurden insgesamt 5 Offiziere, 1117 Mann als Gefangene und 11 Maschinengewehre eingebracht.

Bei den Truppen des Generals Grafen v. Bothmer wurde auch gestern noch in und bei Semilowce gekämpft. Die Zahl der bei dem Vorstoß gemachten Gefangenen hat sich auf 3000 erhöht. Russische Angriffe südlich des Dniepr brachen zusammen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Gegen jähren feindlichen Widerstand sind unsere Truppen beiderseits des Koslenit-Berglandes (nördlich von Kraljevo) im Vordringen. Ostlich davon ist die allgemeine Linie Rakuta-Belica-Jagodina überschritten. Ostlich der Morava weicht der Gegner; unsere Truppen folgen. Es wurden 650 Gefangene gemacht.

Die Armees des Generals Vojadjeff hat Balakone und Poljvac (an der Straße Hajecar-Baracin) genommen und im Vorgehen von Strilich auf Nisch den Kalafat (10 Kilometer nordöstlich von Nisch) erstickt.

Oberste Heeresleitung.

Kräftigere Eingriffe in die Lebensmittelversorgung

bringen endlich die drei Bundesratsverordnungen vom 4. November, die heute veröffentlicht werden. Sie betreffen die kommunale Organisation der Versorgung im allgemeinen, sowie die Fleisch- und Milchbeschaffung im besonderen. Wenn das Reichsamt des Innern energisch in der Richtung weiterarbeitet, die hier eingeschlagen ist, dann verdrängt es in der Tat einen Anfang der Arbeit, für die es der Reichsminister noch für ein paar Wochen von der Parlamentsarbeit frei halten wollte.

Der Verordnung betr. die örtlichen Preisprüfungsstellen vom 25. September haben wir an dieser Stelle bisher wenig Wert beigelegt, weil wir in ihr die Vollmacht für die Gemeinden dazu vermehren, auszuführen, was sie als notwendig auf dem lokalen Lebensmittelmärkte erkannt hätten, und weil die lokale Regelung kaum genügt. Das letztere Bedenken halten wir auch heute noch aufrecht. Vorräte lassen sich nicht beschaffen und Preise festsetzen in örtlich abgegrenzten Bezirken. Das muß das Reich nach größeren Gesichtspunkten besorgen, wie es ja nunmehr wenigstens für Schweinefleisch auch geschieht. Dagegen kann und muß die Organisation der Verteilung nützlich durch die Gemeinden besorgt werden. Soweit die neue Verordnung vom gestrigen Tage nach diesen Richtungen Verbesserungen bringt, ist sie außerordentlich willkommen. Sie ermächtigt die Gemeinden, Vorschriften zur Regelung des Verbrauchs zu erlassen, selbst und allein die lokale Versorgung zu übernehmen oder sie Dritten (Vereinen oder Geschäften) zu übertragen. Gewerbetreibende müssen nötigenfalls ihre Betriebsmittel der Gemeinde überlassen, jedenfalls ihre Vorräte anzeigen und auf Verlangen auch überlassen, widrigenfalls eine Enteignung zu bestimmten Uebernahmepreisen erfolgt. Die Gemeinden sind dabei noch etwas zübel an die Zustimmung und Genehmigung oberer Behörden gebunden. Dafür können diese aber umgekehrt Gemeinden, die nichts oder zu wenig tun, zur Versorgung ihrer Einwohner anhalten. Es wäre zu wünschen, daß von dieser Einwirkung auf die Landgemeinden recht gründlicher Gebrauch gemacht würde. Im übrigen muß die Praxis ergeben, was noch mehr zu geschehen hat. Jedenfalls hat man in der Reichsregierung eingelesen, daß die Möglich-

keit für energischeres Zugreifen gegeben werden muß. Sonst hätte man die vor kaum einem Monat ergangenen Vorschriften nicht schon wieder im Sinne größerer Entschiedenheit des Eingreifens der Gemeinden abgeändert. Die Volksbewegung der letzten Wochen hat ihr gut Teil daran.

Die beiden anderen Verordnungen betreffen das Schweinefleisch und die Milch. Für Milch ist die Regelung ganz ungenügend. Die Festsetzung der Höchstpreise wird den Gemeinden überlassen, größere Gemeinden sind zum Ersatz von Höchstpreisen sogar verpflichtet und müssen den Bedarf für Mütter, Kinder und Kranke sicherstellen. Aber wie denn? In ihren Bezirken wird wenig Milch produziert. Wenn die Landwirte ihre Produktion fortsetzen und wenig Milch einführen, ist die Gemeinde ohnmächtig. Nur Staat und Reich können hier eingreifen. Und daselbe trifft zu auf die Fleischversorgung. Die neue Verordnung regelt zwar den Preis der Schweine beim Uebergang vom Bauern zum Metzger. Die für dieses Kaufgeschäft festgesetzten Höchstpreise sind nach Städten verchieden und steigen vom Osten nach dem Westen. Wie im lokalen Teil dieses Blattes dargestellt wird, bringen sie für unsere Gegend eine nicht unerhebliche Erniedrigung der Verkaufspreise für Schweinefleisch und Schmalz. Wie aber, wenn die Landwirte nicht genügend liefern? Da reicht auch die neue Verfügung der Gemeinden, Vorräte zu beschlagnahmen und zu verkaufen, nicht aus, denn die Vorräte sind in diesem Fall draußen auf dem Lande, außerhalb der Greifweite der Städte. Und den Landräten wird es so wenig einfallen, auszufallen, wie bei den Kartoffeln. Es müßte denn von der neuen Vorschrift Gebrauch gemacht werden, daß die Landesregierungen die agrarischen Bezirke zur Versorgung der Städte zwingen. Wir sind gespannt darauf, ob dieser Schritt getan wird. Davon hängt unseres Erachtens der ganze Erfolg der neuen Anordnungen ab.

Deshalb kann nur von einem Anlauf zu besserer Regelung die Rede sein. Die Hauptsache bleibt immer noch zu tun, weniger im Erlaß von Vorschriften, als im energischen Handeln der Zentralinstanzen. Auf ihnen ruht jetzt wirklich die ganze Verantwortung.

Agrarier und Kartoffelversorgung.

Eine sonderbare Auffassung von der Pflicht der Behörden, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen, hat anscheinend der Agrardirektor von Kroatien in Verna (Kroatien). In einer Versammlung des dortigen landwirtschaftlichen Vereins bezeichnet er die neue Reichsverteilungsstelle für Kartoffeln um bestmöglichen als eine der merkwürdigsten Behörden, weil sie den dortigen Kommunalverband aufgefressen habe, 38 000 Krentner Kartoffeln sofort zu liefern. Er habe darauf telegraphiert, daß die Lieferung unmöglich sei, da die Landwirtschaft jetzt mit der Rübenenernte beschäftigt sei. Die Reichskartoffelstelle habe ihm wieder geschrieben, daß die Lieferung erfolgen müsse; die Kartoffeln seien für Elberfeld bestimmt. Er habe von neuem telegraphiert, daß er nicht liefern könne. Darauf seien die Leute aus Elberfeld selber gekommen; man habe ihm mit Anzeige bei der Regierung und mit Schadenersatzpflicht gedroht. Er habe geantwortet, daß man diese Drohung ruhig ausführen möge; er werde die Reichskartoffelstelle für die Ertüchtung der Rübenenernte schadenersatzpflichtig machen. Der Redner fragte in der Versammlung an, ob einer der anwesenden Herren ihm einen größeren Vorrat Kartoffeln zur Verfügung stellen könne. Es meldete sich aber niemand. — Vielleicht hoffen die Kartoffelbauern mit ihrem Agrardirektor, daß die Preise der Kartoffeln nach der Rübenenernte noch etwas gestiegen sind und dann ein besseres Geschäft damit zu machen ist.

Die Wirkung niedriger Höchstpreise.

Es ist bekannt, daß die landwirtschaftlichen Produkte zurückgehalten werden, in der Hoffnung weiterer Preissteigerungen. Aus diesem Grunde ist als eine der zweckmäßigsten Maßnahmen auch gefordert worden, daß die Regierung fallende Höchstpreise für spätere Zeittermine festsetzt, um die Bauern zu veranlassen, ihre Kartoffeln auf den Markt zu bringen. Wie eine solche Maßregel wirken würde, zeigte sich im Kreise Vennep. Die Bauern lieferten dort unter dem Vorwand, sie hätten keine Zeit zum Kartoffelausmachen, nicht einmal den einheimischen Bestellern und Käufern die Kartoffeln. Der Landrat erließ ein Ausfuhrverbot, um zum Verkauf anzuweisen. Vergeblich! Dann setzte er mit Geltung vom nächsten Montag ab Höchstpreise von 3.30 Mark, bei freier Lieferung

Genilleton.

Ein Aufstieg.

Adelheid Bopp, unsere österreichische Führerin, hat ihrer „Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ ein zweites Band folgen lassen: „Aus meinen Erinnerungen“, erschienen im J. S. B. Dieckmann Verlag in Stuttgart. Wir lernen darin das Leben einer Arbeiterin kennen, die sich aus der Tiefe durch Wissbegierde und strenge Selbstzucht ein geistiges Leben in fräulicher Würde geschaffen hat. Das Kind flüchtet sich in die weltschmerzliche Stimmung der Erwachsenen, die ihre alltägliche Oede in Räubergründen farbiger und geräuschvoller, von Geistern umspukt, anstoben. In ihnen ist das wirkliche Leben so ausgeschaltet, daß die Forderungen der Menschen nie herbeizurufen. So wie heute, da man sich nicht mehr gemeinam Geschick erzählt, sondern heimlich und einsam Gedrucktes verschlingt, Schundliteratur, die ein verlogenes Lebensbild aufrollt, in dem wiederum die einfachsten Ansätze an das Leben von phantastischen Schicksalshoffnungen unterdrückt werden.

Aber um so mehr schmerzen die Demütigungen des Proletariats, die Adelheid Bopp aus ihrer Kindheit schildert. Sie erleidet eine Tragödie mit ihrem Vesebuck, das sie in Sturm und Unwetter der Welt und das sie durchdringt und beschädigt wieder erhält, um dann von den Kindern und Lehren Qualen aufsteigen zu müssen, weil niemand die Not erfaßt, daß eine arme Mutter kein Geld hat, um ein neues Buch zu beschaffen. Bis das Kind dann nach vielen Gängen zu den Wohlhabenden endlich wieder in den Besitz eines ordentlichen Schulbuchs gelangt, hat das arme kleine Mädchenkind schmerzliche Leiden ertragen, von denen in ihrer Niedrigkeit kein Mensch erfährt.

Ein andermal ist das Mädchen im glücklichen Besitze einer Handvoll Geldes. Es war ein fremder Garten, den sie beraubt hatte. Der Wärter stößt die Kinder drohend aus ihrer Freude auf. Alles flüchtet auseinander, die kleine Adelheid gerät in ihrer Angst auf ein Wehr, über das sie zitternd klettert und sich endlich durch eine Lücke zwängt. Die Zuschauer sind starr vor Entsetzen, sodas es zu keiner Abstrafung kommt. Das Mädchen, das der Lebensgefahr ent-

kommen ist, dessen Herz in Schreden drückt, wird von der Mutter wegen dieser toten Tat geprügelt.

Wieder einmal macht sich das Kind mit einigen selbstverdienenden Kreutzern auf und besucht das Marionettentheater, in dem ihm eine unbekannte wunderbare Welt aufgeht, die alle Reizen und Entbehrungen in Entzückung wandelt. Unter diesem Eindruck stürzt das Mädchen nach Hause und jauchzt die Freude in die erste armselige Stube hinein. Die Mutter entsetzt sich über diese Vergewendung des Geldes für Tand, man hätte Lebensmittel dafür haben können. Das Kind wird geschlagen, später aber aus Mitleid geliebt. Im Schoße der armen Mutter weint das Kind seine Enttäuschung, sein Leid, seinen Verlust aus.

An diese frühen Leiden reiht sich das Leben in der Fabrik. Die Arbeiterinnen machen sich das Dasein erträglich durch eingebildete Genüsse. Ein Mädchen studiert Theaterkritiken und beherrscht auf dem Papier alle Erscheinungen der Bühnenwelt. Die einen sind stumpf, andere rechtschaffen, wieder andere genießen das Leben, um es zu ertragen. Adelheid hält innigste Andacht in einem Kirchhofe, wo sie an Allerheiligen eine Wachskerze entzündet für irgend ein Ideal eines Mitter aus Stein, der Jugend, Schönheit, Sehnsucht nach irgend einem lebendigen Ziel in sich birgt. Nach diesen Einbildungen kommen schlichte und schlechte Freier des Mädchens, die sie von sich weist.

Die junge Arbeiterin gerät durch die Textilarbeiterbewegung in Versammlungen und beginnt die Tatkraft des Lebens der Arbeiter zu sehen. Die Arbeiter ergingen sich damals noch in albernen Märgen über die unbekannte Erscheinung der Rednerinnen, die sie als Mannweib oder auch als höhere Wesen bestaunen. Frauen treten auf, um Bebel's „Frau und der Sozialismus“ feurig, wenn auch nicht immer wissenschaftlich, zu verkünden. In Wien streifen 600 Appreturarbeitersinnen, die zum erstenmal an Werklagen in die Natur hinarbeiteten; Mütter lernen ihre Kinder in diesen Feiertagen kennen. Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Ruhe, acht Stunden Schlaf werden für sie Forderungen, die sie plötzlich aufstellen. Frauen beteiligen sich an politischen Demonstrationen, die Dienstmädchen folgen einem Aufrufe, um gegen die veraltete Gefindeordnung zu protestieren.

Adelheid Bopp wächst in der Bewegung und erträgt die Mühen der Agitation, die in der ersten Zeit Unbegreiflich-

keiten, oft Belästigungen, Widerstände der Behörden mit sich bringen. Sie gewinnt Erfolge in den städtischen Gegend, gerade weil die religiöse Ueberzeugung der Menschen sich gegen den fanatischen Alerikalen, der die Innerlichkeit der Gläubigen verlegt, auflehnt.

Die Agitatorin zerklüftet die heutige Ehe, auch die Mängel der Proletariatsleben. Die Reaktionen erschöpfen sich rasch, wenn die Frau dem Manne geistig nicht zu folgen vermag. Frau Bopp erzählt Fälle, wie der Mann durch unmäßigen Genuß von Alkohol vertiert und die Gemeinschaft von Eltern und Kindern zerstört. Sie wendet sich gegen die Frau, die den Mann zu belien wähnt, um ihn zu hemmen. Sie zeigt die Leiden der abhängigen Mutter, um aus all diesen barten Konflikten eine Freiheit zu finden: die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau vom Manne, die ihr die Würde verleiht, sich in ihren Beziehungen zum Manne menschlich zu zeigen. Der Beruf der Mutter erfordert soziale Zustände, in denen die Erziehung der Kinder von Berufsleuten ausgeübt wird. Es müssen alle Fortschritte der Technik im Haushalte angewandt werden, Vereinfachung durch Verbesserungen; nicht Zufallsfrauen bleiben Herd und Stütze überlassen, sondern Frauen, die aus Reizung die Hauswirtschaft leiten, um andere wiederum zu entlasten. Dazu ist das Erlernen der Hauswirtschaft notwendig, um dem Wachsen der Vielen die Zweckmäßigkeit der Geübten entgegen zu stellen. Aus der Tugend der Frau, der Unterordnung und Aufopferung, die duldet und leidet, sollen Tugenden entstehen, die Fruchtbare in der Allgemeinheit leiten.

Adelheid Bopp erhofft aus den Erfahrungen, die die Frauen im Weltkrieg machen, eine Befreiung aus der Unselbstständigkeit, die Gewöhnung an eigenes Handeln, das der Erfahrung entspringt. Die Frauen müssen auf jedem Gebiete in ihrer Art nicht nur als Vorkämpferinnen der Rechte ihres Geschlechts wirken, sondern indem sie ihnen der Sinn für die Pflichten schärft, sollen sie auch Kämpferinnen für das menschliche Ideal des Sozialismus werden. Zu diesen Zielen, das verschüttet liegt, bedarf es in Zukunft aller Energie von Mann und Frau, die durch keine Vorurteile oder störrische Gemütsgehaltungen gehindert werden dürfen.

Der Sattler- und Portefeuilerverband.

Wohl keine zweite Gewerkschaftsorganisation hat während der Kriegszeit ein so großes Auf und Ab der Mitgliederbewegung zu verzeichnen, wie der Sattlerverband. Die durch den Krieg bedingte starke Beschäftigung dieser Industrie ist die Ursache dafür. Am Schlusse des dritten Quartals in diesem Jahre zählte der Verband 11 426 männliche und 1092 weibliche Mitglieder, gegenüber 10 502 bzw. 908 am gleichen Tage des Vorjahres. Seit Beginn des Krieges sind dem Verbands 9211 männliche und 2300 weibliche Mitglieder beigetreten. Infolge des jetzt verringerten Bedarfs an Lederwaren wurden die meisten neuereichten Betriebe, von denen mehrere weit über 1000 Personen beschäftigten, wieder geschlossen. Die hierdurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit betrifft fast ausschließlich nur Berufsleute, die jetzt in anderen Gewerben Unterfindung suchen oder bereits gefunden haben. Die gelerntten Sattler sind noch vollbeschäftigt und arbeiten vielfach noch mit Überstunden. Mit der Arbeitsaufgabe in der Ausstattungsindustrie verloren die neugewonnenen berufsfremden Mitglieder auch das Interesse für den Sattler- und Portefeuilerverband. Daraus erklären sich auch die Massenausflüsse wegen restierender Beiträge. 6888 männliche und 1608 weibliche gingen auf diese Weise dem Verbands wieder verloren.

Bis zum 30. September wurden 3521 Verheiratete und 4216 ledige zum Vereinsdienst eingezogen, von denen 189 bereits als gefallen gemeldet sind.

Die Lederwaren-, Reiseartikel-, Auto- und Treibriemenbranche ist mit den wenigen noch zur Verfügung stehenden Arbeitskräften gut beschäftigt, während in der Galanteriebranche infolge der Beschlagnahme von Gelpinststoffen große Arbeitslosigkeit herrscht. Im Laufe des 3. Quartals waren 751 männliche und 236 weibliche Mitglieder arbeitslos, 423 arbeiteten verfürzt. In der Zeit vom 3. August 1914 bis 30. September 1915 wurden 258 542 Mark für Unterhaltungen ausbezahlt, davon 121 810 Mark an Arbeitslose und 136 731 Mark an die Familien der Kriegsteilnehmer.

Trotzdem Streiks während des Krieges nicht geführt wurden, konnte doch manche Lohnhöhung durchgesetzt werden. Abgesehen von den Kriegszulagen in der Lederwarenindustrie wurden mit den Vereinigungen der Lederwarenfabrikanten in Offenbach und Nürnberg Feuerungsabgaben vereinbart, wogegen die Berliner Industriellen wohl eine Kasse anerkennen, aber von schriftlichen Vereinbarungen nichts wissen wollten; nur von Fall zu Fall wollten sie sich die Entscheidung vorbehalten. Allgemein wird auch hier eine Feuerungsabgabe gewährt.

Der Reichstaxtarif für die Lederwarenindustrie hat sich bewährt. Unternehmer, die da glaubten, sich an die tariflichen Bestimmungen nicht halten zu brauchen, wurden durch Schlichtungskommissionen-Entscheidungen zurückerufen, zu wenig gezahlte Löhne nachgezahlt. In einigen Fällen belief sich die Nachzahlungssumme auf mehrere tausend Mark.

Neues aus aller Welt.

Verwickelte dynastische Verhältnisse.

Anlässlich des Todes des greisen Staatsministers von Luxemburg erzählt die „Frankfurter Tagespost“: Als Paul Eyschen im Jahre 1888 von dem Berliner Gesandtenposten zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen wurde, bestand noch die Personalunion der Niederlande mit Luxemburg. König Wilhelm III., der letzte Mann aus dem Stamme der jüngeren Linie der Nassauer, war auch Großherzog von Luxemburg und infolge des Vertrages von 1867, der die Zollvereinigung mit Deutschland erneuert hatte, auch in engem, wenn freilich nicht innigem Verhältnis zum Deutschen Reich. Im Luxemburg hatte sich dieser Sonderling auf dem Thron, der seine Söhne und die Erben seines Namens vor sich herben sah, nie ernstlich bekümmert; er war in Luxemburg fast unbekannt. Während die weibliche Linie mit der jetzigen Königin Wilhelmine in Holland erberechtigt war, ging die Thronfolge in Luxemburg auf die wälschische Nassauer Linie über; der im Jahre 1866 von Preußen entthronte Herzog von Nassau wurde nun wieder Souverän, Großherzog von Luxemburg auf Grund des Erbvertrages vom Jahre 1783. Er hatte schon vorher wegen der Erlanlung des Königs Wilhelm in den Jahren 1889 und 1890 die Regentenschaft im Lande dem Namen nach geführt. Am 23. November 1890 wurde er dann auch tatsächlich Großherzog von Luxemburg. Eyschen hatte eine Reihe schwieriger finanzieller Verhältnisse der sehr reichen Familie in diplomatischen Verhandlungen mit Preußen zu regeln. Nach zweijähriger Regierung zog sich der Großherzog Adolf von der Regierung, die er meist fern vom Lande geführt hatte, das heißt von Eyschen führen ließ, zurück und der Großherzog Wilhelm wurde Regent, er folgte seinem Vater an dessen Todestage (am 17. November 1900) in der Regierung. Nun entstand ein neuer Erbfolgestreit. Der Graf von Merenberg, ein Sohn des Prinzen Nikolaus von Nassau aus dessen morganatischer Ehe mit der Tochter des russischen Dichters Puschin, erhob Ansprüche auf die Thronfolge in Luxemburg, die er unter Beihilfe scharfsinniger Juristen und willfähriger Publizisten durch eine Reihe von Jahren mit aller Beharrlichkeit zur Anerkennung zu bringen suchte. Der Fall war um so bemerkenswerter, als der zweite Großherzog aus der wälschischen Linie des Hauses Nassau keine männlichen Erben hatte und, wenn man die Ansprüche des Grafen Merenberg in strenger Auslegung des Erbvertrages nicht anerkannte, der Mannesstamm der Linie ausgestorben war. War diese Linie an die Regierung gekommen, wärd der zweite Großherzog aus der wälschischen Linie des Hauses Nassau, so war das Großherzogtum ohne erberechtigte Thronfolger nach dem Tode des Großherzogs Wilhelm, der, ein kranter Mann, fast niemals im Lande zu sehen war und meist auf holländischen und anderen Schlössern lebte. Durch Aenderung des Familienstatuts vom 16. April und durch das Gesetz vom 10. Juli 1907 wurde unter stillschweigender Abweisung des Grafen Merenberg die älteste Tochter Maria Adelhaid zur Thronerbin erklärt. Im folgenden Jahre mußte wegen der schweren Erkrankung des Großherzogs seine Frau nach halbjähriger Statthalterei, die sie aber auch außerhalb des Landes verbrachte, zur Regentin bestimmt werden. So hatte Eyschen mit einer ganzen Kaskade von Königen, Großherzogen, Regenten, Statthaltern, Regentinnen und Großherzoginnen zu regieren. Daß das an sein persönliches Geschick die höchsten Anforderungen stellte, besonders da sich die Beherrscher von Luxemburg durch die mannigfachen Eigentümlichkeiten auszeichneten, muß anerkannt werden.

Telegramme.

Briand und die Sozialisten.

Lyon, 5. Nov. In seiner Programmspreche erklärte Briand, Frankreich werde nicht Frieden machen, bevor die ihm 1871 entzogenen Provinzen zurückgegeben seien. Er erntete dafür demonstrativen Beifall. Der Sozialist Renaudel sagte dazu, es sei eine moralische Stärkung für unsere Soldaten, für ein Land zu kämpfen, das keine Gebiete gegen den Willen seiner Bevölkerung annektrieren will. (Beifall. Protestrufe. Lärm.) Selbst in den Augen gewisser Deutscher soll Frankreich als der Vorkämpfer des Rechtes erscheinen. (Erregte anhaltende Zwischenrufe.) Eine zu Propagandazwecken verkaufte Landkarte habe die öffentliche Meinung in Deutschland stark empört. (Beifall. Unruhe.) Der Redner schloß: Unsere Soldaten wollen den preussischen Militarismus niederringen, weil sie hoffen, daß dieser Krieg der letzte Krieg sein wird. (Beifall auf der äußersten Linken. Protestrufe, Rufen.) Der ehemalige Unterstaatssekretär Maginot, der an der Front schwer verletzt wurde, ruft: Kein Soldat im Schützengraben hat Renaudel beauftragt, diese Erklärung abzugeben; solange noch gekämpft wird, sind solche

Worte unangebracht und peinlich. (Anhaltender Beifall. Bravorufe bei der Mehrheit. Rufen auf der äußersten Linken.) Im weiteren Verlauf der Debatte verlas Vincent eine Erklärung der radikalen Sozialistenpartei, in welcher diese unter gewissen Bedingungen die Kontrolle beantragt und der Regierung Vertrauen gewährt. Die Partei fordert ferner Steuern auf die Kriegsverdienste und die Förderung aller durch den Krieg aufgeworfenen wirtschaftlichen Probleme. Andrieu namens der Links-Modikalen und Brou namens der liberalen Fraktion sprachen ihr Vertrauen zur Regierung aus. Das Haus nahm sodann, wie bereits gemeldet, mit allen gegen eine Stimme eine Vertrauensabstimmung an, die lautet: Die Kammer, die die Regierungserklärungen billigt und der Regierung vertraut, geht zur Tagesordnung über.

Zur griechischen Ministerkrise.

Athen, 5. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung der „Agence Havas“. Zaimis hat sich gestern mittag zum König begeben, um ihm das Entlassungsgesuch des Ministeriums zu überreichen. Die venislosfeindlichen Zeitungen betrachten die Auflösung der Kammer als gewiß.

Amerikanisch-englische Differenz.

Newport, 5. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Durch Funkdruck. Die „International News-Service“ meldet aus Washington: Die Festhaltung des amerikanischen Dampfers „Goding“ durch ein englisches Kriegsschiff angesichts der amerikanischen Küste wird hier als ernst betrachtet, als irgend ein Fall, der seit dem Ausbruch des Krieges Amerika oder England betroffen habe. „Goding“ führte niemals die deutsche Flagge. „Newport American“ meldet: Die Newporter Schiffsfahrtskreise erblicken in dem Fall „Goding“ den Anlaß zu einer Krise für den amerikanischen Handel. Da die „Goding“ auf der Fahrt zwischen amerikanischen Häfen begriffen war, werden sie von der Regierung verlangen, daß sie der tatsächlichen englischen Blockierung des Newporter Hafens ein Ende mache.

Von der englischen Zensur.

London, 5. Nov. Im Oberhause griff Lord Morley die Zensur an, die gewisse Nachrichten verfälscht, z. B. amtliche Berliner Berichte. Der Lordkanzler erwiderte, er lasse aus

den amtlichen Berliner Berichten streichen, was unrichtig sei oder die Verbündeten Englands beleidige, z. B. Angaben über französische Grausamkeiten. „Ich selbst konnte die Wahrheit nicht feststellen und lehnte es ab, durch die britische Presse Nachrichten verbreiten zu lassen, die wahrscheinlich falsch waren.“

Lohnvergleich in Lancashire.

Manchester, 5. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Die Arbeitgeber und Arbeiter der Spinnereien und Webereien Lancashire haben in der Lohnfrage einen Ausgleich geschlossen. Die Arbeitgeber nahmen aus Furcht vor Ausständen die früheren Beschlässe zurück und gestanden einen 5prozentigen Zuschlag zu, der am 1. Januar beginnen wird und bis 13 Wochen nach dem Friedensschlusse dauern soll. Die Arbeiter verpflichteten sich, sechs Monate lang nicht auf eine Lohnerhöhung hinzuwirken.

Briefkasten der Redaktion.

Herrn Karl Denke, Hattersheim. Tun Sie, was Sie nicht lassen können.

H. M., Frankfurt. Ist das Rücken eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit krank, so hat es Anspruch auf Lohn und Entschädigung für Kost und Logis. Es muß sich jedoch das antreiben lassen, was es von der Krankenkasse bezieht.

Feldpost.

Wühlfort, Oberursel. Herr Kinkel hat schon seine Lazarettadresse angegeben.

Schaub. Die Zeitung geht immer weiter.

Baumgärtner. 1.40 Mark sind eingegangen.

W. H. Das Geld ist eingetroffen.

Hörster. Die Zahlung reicht bis 14. Februar 1916.

Kommel, A. R. Wir glauben es, aber andererseits können wir bei den vielen Tausenden, denen wir die Zeitung ins Feld schicken, nicht jeden persönlich kennen und Ausnahmen machen. Es ist also alles in Ordnung.

H. B. Geld eingetroffen, das Jahr 1915 ist ausgezahlt.

Wiesbadener Theater.

Kaisers Theater.

Freitag, 5. Nov., 7 Uhr: „Herrschaftlicher Diener gesucht“. Samstag, 6. Nov., 7 Uhr (neu einstudiert): „Kasernen“. Sonntag, 7. Nov., halb 4 Uhr: „Im bunten Rod“. Grosse Preise.

Wir empfehlen für die jetzige Jahreszeit in grosser Auswahl elegante

Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung

jede Grösse
jede Figur
jede Preislage

finden Sie bei uns vorrätig, z. B.:

Herren-Anzüge 25.—, 29.—, 34.—, 38.—, 42.—, 48.— bis 70.— Mk.
Jünglings-Anzüge 21.—, 24.—, 28.—, 32.—, 38.—, 42.— bis 58.— Mk.
Knaben-Anzüge 3.75, 4.50, 5.75, 7.—, 9.—, 11.—, 15.—, 18.—, 23.— bis 36.— Mk.
Bozener Mäntel, Pelerinen, Hosen, Gummi-Mäntel, Paletots in reichhaltiger Auswahl und allen Grössen und Preislagen.

Für die im Feld stehenden Krieger empfehlen wir warme und wasserdichte Kleidung.

Gebr. Manes

Walhalla-Ecke Kirchgasse 64.
Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend. W 887

Metzgerei Anton Siefert.

Empfehle Rindfleisch zum Kochen sowie zum Braten nur Mk. 1.—, Hülse und Korbbraten nur Mk. 1.—, Hackfleisch stets frisch Mk. 1.10. Ferner Kalbfleisch von prima Land- und Mastkälbern nur Mk. 1.20, sowie sämtliche Wurstwaren zu bekannt billigen Preisen. W 223

Nur 17 Bleichstrasse 17.

Ihr eigener Schaden

ist es, wenn Sie bei den teuren Zeiten nicht die Gelegenheit ergreifen, billig einzukaufen.

Schuhhaus DEUSER

Wiesbaden, Bleichstrasse 5
neben Hotel Vater Rhein. (906)

Schuhwarenhans.

Grosses Lager aller Sorten Schuhwaren in guter Qualität zu billigen Preisen. Ausrüstung nach Mass. — Reparaturen gut und billig.

Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 23.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Bertha von Sutter

Die Waffen nieder!

Gebunden Mk. 2.—, brosch. 60 Pfg.
Auswärts Porto 20 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme

Kriegs-Abende

im großen Saale der Turngesellschaft, Schwalbacher Str. 8.
26. Abend. Sonntag den 7. November, 8 Uhr.
Veltung: Herr Stadtverordneten-Vorsteher Justizrat Dr. Albert.
Vortrag: Herr Max von Bodmann. Mit Lichtbildern.
Vieder, vorgetragen von dem Chor der Städt. Studienanstalt und des Jugendklub (Veltung: Herr J. e. h.)
Eintritt 20 Pfg. (einschl. Abendgebühren). 19247
Vorverkauf am Sonntag von 11—1 u. von 2½—4 Uhr am Saaleingang

Kommen Sie zu mir, wenn Sie Schuhe brauchen!

Jourdan, Wiesbaden,

Nicholsberg, Ecke Schwalbacherstrasse.
Alle Bezugsquellen, solide Schuhwaren zu billigen Preisen zu kaufen. Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Die Sozialdemokratie im Weltkrieg.

Von Dr. Ed. David, M. d. R.

Aus dem Inhalt: Unsere Erklärungen im Reichstag und ihre Befestigung durch die sozialdemokratische Volksmasse. Was wir immer betont haben. Konnte die Sozialdemokratie den Krieg verhindern? Die Ursachen des Krieges. Die diplomatische Schuldfrage. Die Größe der Gefahr. Die Stellungnahme der Sozialisten in den Weltkriegen. Die russische Politik und Theorie. Nation und Internationale.

Als Leitfaden für die ausmürtige Politik gilt das Buch als Ideal des dauernd geistigen Weltfriedens. Dilemme „Schicksal der Menschheit-Entwicklung zu dienen“, bezeichnet es als letzten Zweck seines Buches.

Preis 2 Mark

Porto 20 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhdlg. Volksstimme Frankfurt a. Main, Großer Hirschgraben 17.